

Erfolg für Junge Wirtschaft: Bartenstein, Grasser und Leitl unterstützen zentrale Forderungen der Jungunternehmer

Utl.: "Pakt für Gründer und Jungunternehmer" unterzeichnet =

Linz (PWK735) - Ein voller Erfolg war die 9. Bundestagung der Jungen Wirtschaft, die vom 12.-14. Oktober in Linz stattfand. Im Rahmen einer Talkshow des mit 1.500 Teilnehmern größten Unternehmerkongresses Österreichs sagten Wirtschaftsminister Martin Bartenstein, Finanzminister Karl-Heinz Grasser und Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl ihre Unterstützung in zentralen Forderungen der Jungen Wirtschaft zu. Sie bekräftigten dies mit ihrer Unterschrift unter einen "Pakt für Gründer und Jungunternehmer".

Im Mittelpunkt des Forderungsprogramms der Jungen Wirtschaft stehen mehr Flexibilität bei den Rahmenbedingungen für Unternehmensgründer, weniger Staat und Bürokratie sowie starke Netzwerke in Politik und Wirtschaft. Konkret verlangte Manfred Pletzer, Bundesvorsitzender der Jungen Wirtschaft, verkrustete Strukturen bei Arbeitszeitmodellen und Kollektivvertragsregelungen aufzubrechen und die Entlohnung stärker am Leistungsprinzip zu orientieren, die Meisterprüfung als Qualitätssiegel aufzuwerten, die Ladenöffnungszeiten zu liberalisieren und das System der Abfertigung durch steuerbegünstigte freiwillige Beiträge zu Pensionskassen zu ersetzen.

WKÖ-Präsident Christoph Leitl rief in diesem Zusammenhang das Jahr 2002 zum Jahr der Gründer" aus. Die Wirtschaftskammer werde alles daran setzen, den Jungunternehmern Hürden und Blockaden auf dem Weg in die Selbständigkeit soweit wie möglich aus dem Weg zu räumen. Die öffentliche Hand könne hier wesentlich dazu beitragen. "Am Boden des Rechtsstaates kann man viel machen. Tun muss man es".

Aufs Korn genommen hat die Junge Wirtschaft vor allem die überbordende Bürokratie, die Pletzer am liebsten "auf Null-Diät" setzen will. Der Bundesvorsitzende verlangte u.a. die Einführung des one-stop-shop-Prinzips in der Verwaltung (eine Behörde, ein Verfahren, ein Bescheid), den Verzicht auf Genehmigungsverfahren bei kleinen Betriebsanlagen (Stichwort "Würstelstand") sowie den Verzicht auf Eigenregieleistungen der öffentlichen Hand. Damit könnten nicht nur neue Märkte und neue Chancen für junge Unternehmer geschaffen

werden; der Finanzminister könnte sich auch über ein Einsparungspotential von fast 8 Mrd. Schilling freuen. Grasser betonte, dass die Bevölkerung das Recht auf einen schlanken Staat habe und verwies darauf, dass alleine in der Verwaltung bis 2003 jährlich bis zu 20 Mrd Schilling eingespart werden sollen. 70 Reformprojekte seien bereits in der Pipeline. Leitl anerkannte zwar erste Schritte in der Verwaltungsreform, allerdings fehle es bei der Reform der Bürokratie an klaren Zielen, einer klaren Konzeption und einem klaren Zeitplan. Der Wirtschaftskammer-Präsident erwartet sich, dass die Ausgaben in der Verwaltung um mindestens 10% sinken. Handlungsbedarf ortetet Wirtschaftsminister Bartenstein in der Frage der Gewerbeordnung auf dem Weg zu einem modernen Unternehmerrecht. "Da schreit es förmlich nach Vereinfachung und Verschlankung".

Ein großes Problem ist für junge Unternehmer nach wie vor die Kapitalbeschaffung. JW-Vorsitzender Manfred Pletzer wies darauf hin, dass Österreich mit einem Anteil von 0,2% am Bruttoinlandsprodukt den mit Abstand geringsten Anteil an Venture Capital (Wachstumskapital) in Europa hat und brachte die Idee des "Double Equity" ins Spiel: Wer erfolgreich privates Beteiligungskapital akquirieren kann, dem könnte die Finanzierungsgarantie-Gesellschaft FGG schnell und unbürokratisch die Beteiligungssumme verdoppeln. Weiters sollen private Beteiligungen steuerlich begünstigt werden. Sowohl Finanzminister Grasser als auch Wirtschaftsminister Bartenstein und WKÖ-Präsident Leitl signalisierten der Jungen Wirtschaft in dieser Frage ihre volle Gesprächsbereitschaft. "Es ist keine Frage, dass die Eigenkapitalquote in der österreichischen Wirtschaft ein Drama ist", sagte Grasser und kündigte an, die Eigenkapitalfinanzierung im Rahmen der nächsten Steuerreform auf neue Füße zu stellen. Leitl und Bartenstein sprachen sich dafür aus, den nicht entnommenen Gewinn künftig steuerlich zu begünstigen. Sparbucherträge seien lediglich mit 25% endbesteuert. Der nicht entnommene Gewinne sollte unabhängig von der Rechtsform des Unternehmens steuerlich zumindest gleichgestellt werden. (MH)

Rückfragehinweis: Wirtschaftskammer Österreich

Presseabteilung
Tel.: (01) 50105-4431
Fax: (01) 50105-263
e-mail: presse@wko.at
<http://www.wko.at/Presse>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0047 2001-10-15/10:03

151003 Okt 01

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20011015_OTS0047